

Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
(10. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Cornelia Behm, Bärbel Höhn, Thilo Hoppe,
weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 16/8052 –**

EU-Importverbot für illegales Holz durchsetzen

A. Problem

Die von der EU im Jahr 2005 beschlossene FLEGT-Verordnung (FLEGT = Forest Law Enforcement Governance and Trade) zur Beschränkung des Handels mit illegal geschlagenem Holz zeigt bisher keine Wirkung. Bis heute konnte mit keinem Holzexportland eine Vereinbarung über ein FLEGT-Partnerschaftsabkommen geschlossen werden. Die EU verhandelte offiziell bis Anfang 2008 lediglich mit sechs Ländern, so dass bei einem erfolgreichen Abschluss dieser Verhandlungen in den nächsten Jahren nur ein Teil der Holzimporte aus Urwäldern in die EU von FLEGT-Partnerschaftsprogrammen erfasst wird.

Die Bundesregierung wird daher aufgefordert, den FLEGT-Prozess aktiv voranzutreiben und sich auf europäischer Ebene für eine zügige Einführung eines EU-Importverbotes für illegal geschlagenes Holz stark zu machen. Außerdem soll die Bundesregierung auf nationaler Ebene einen Gesetzentwurf für ein Besitz- und Handelsverbot für Produkte aus illegal geschlagenem Holz vorlegen, falls auf europäischer Ebene nicht zügig eine Einigung über ein EU-Importverbot erreicht werden kann.

B. Lösung

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/
CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP**

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 16/8052 abzulehnen.

Berlin, den 9. April 2008

Der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Ulrike Höfken
Vorsitzende

Dr. Hans-Heinrich Jordan
Berichterstatter

Dr. Gerhard Botz
Berichterstatter

Dr. Christel Happach-Kasan
Berichterstatterin

Dr. Kirsten Tackmann
Berichterstatterin

Cornelia Behm
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Dr. Hans-Heinrich Jordan, Dr. Gerhard Botz, Dr. Christel Happach-Kasan, Dr. Kirsten Tackmann und Cornelia Behm

I. Verfahrensablauf

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf **Drucksache 16/8052** in seiner 145. Sitzung am 21. Februar 2008 beraten und an den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zur federführenden Beratung und an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit sowie den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die von der EU im Jahr 2005 beschlossene FLEGT-Verordnung (FLEGT = Forest Law Enforcement Governance and Trade) zur Beschränkung des Handels mit illegal geschlagenem Holz zeigt bisher keinerlei Wirkung. Bis heute konnte mit keinem Holzexportland eine Vereinbarung über ein FLEGT-Partnerschaftsabkommen abgeschlossen werden.

Die EU verhandelte offiziell bis Anfang 2008 lediglich mit sechs Ländern, so dass bei einem erfolgreichen Abschluss dieser Verhandlungen in den nächsten Jahren nur ein Teil der Holzimporte aus Urwäldern in die EU von FLEGT-Partnerschaftsprogrammen erfasst wird. Das zeigt, dass in absehbarer Zeit die FLEGT-Verordnung kaum einen Beitrag zum Schutz vor illegalem Holzeinschlag leisten wird. Die hohe Entwaldungsrate erfordert rasche Erfolge und die EU muss weitere Maßnahmen ergreifen.

Angebracht und möglich ist ein EU-Importverbot für illegal geschlagenes Holz mit einem entsprechenden Nachweissystem. Dieses wird, durch die Größe des EU-Anteils auf dem internationalen Holzmarkt, einen starken Impuls für die Unterbindung des illegalen Holzeinschlags und für die Etablierung eines Zertifizierungssystems für nachhaltige Forstwirtschaft geben. Der FLEGT-Prozess bedarf einer Weiterentwicklung und die Zertifizierungskonzepte, wie das FSC (Forest Stewardship Council) stellen hierfür wichtige Orientierungspunkte dar.

Die EU-Hoheit in der Frage des Handels mit illegal geschlagenem Holz und die Frage, ob EU-Mitgliedstaaten neben der FLEGT-Verordnung auch eigene nationale Maßnahmen ergreifen dürfen, sind bis heute juristisch nicht eindeutig geklärt. Umso mehr muss die Bundesregierung auf EU-Ebene aktiv werden und auf ein konsequentes Handeln der EU zur Verhinderung von Importen von illegalem Holz drängen.

Die Bundesregierung wird daher aufgefordert, den FLEGT-Prozess aktiv voranzutreiben und sich auf europäischer Ebene für die Einführung eines EU-Importverbotes für illegal geschlagenes Holz stark zu machen. Außerdem soll die Bundesregierung auf nationaler Ebene einen Gesetzentwurf für ein Besitz- und Handelsverbot für Holz und Holzprodukte aus illegal geschlagenem Holz vorlegen, falls auf europäischer Ebene nicht zügig eine Einigung über ein EU-Importverbot erreicht werden kann.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat die Vorlage auf Drucksache 16/8052 in seiner 60. Sitzung am 9. April 2008 abschließend beraten und empfiehlt die Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat die Vorlage auf Drucksache 16/8052 in seiner 60. Sitzung am 9. April 2008 abschließend beraten und empfiehlt die Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit** hat die Vorlage auf Drucksache 16/8052 in seiner 60. Sitzung am 9. April 2008 abschließend beraten und empfiehlt die Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat die Vorlage auf Drucksache 16/8052 in seiner 58. Sitzung am 9. April 2008 abschließend beraten und empfiehlt die Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP.

IV. Beratungsverlauf im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz hat die Vorlage auf Drucksache 16/8052 in seiner 75. Sitzung am 9. April 2008 abschließend beraten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** erläuterte, es müsse grundsätzlich versucht werden, Importe von illegalem Holz zu vermeiden. Das Holz müsse aus zertifizierten Beständen kommen. Allerdings könne ein allgemeines Verbot ohne Berücksichtigung entsprechender Maßnahmen auf europäischer Ebene nicht ausgesprochen werden. Vielmehr sollte die von Deutschland bereits eingeleitete Verbotsinitiative auf europäischer Ebene fortgesetzt und einer Lösung zugeführt werden. Deshalb lehne man den Antrag ab.

Die **Fraktion der SPD** erklärte, dass man mit dem Ziel des Antrages im Wesentlichen konform gehe. Dennoch lehne man den Antrag ab. 75 Prozent der deutschen Holzeinfuhren stammten aus dem so genannten Intra-EU-Handel. Daher sei die diesbezügliche Meinungsbildung auf europäischer Ebene abzuwarten. Auch habe sich die Bundesregierung während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft für die im Antrag zum Ausdruck gebrachte Richtung eingesetzt.

Die **Fraktion der FDP** machte deutlich, dass es wünschenswert sei, dass es für illegales Holz keinen Markt mehr gebe. Zudem solle der FLEGT-Prozess von europäischer Seite aus verstärkt betrieben und effizienter bewegt werden. Allerdings betreffe der vorgeschlagene nationale Alleingang letztlich ausschließlich inländische Betriebe. Die weltweite Situation des illegalen Holzeinschlags könne dadurch nicht verbessert werden. Daher könne man dem Antrag nicht zustimmen und werde sich der Stimme, da man das im Antrag formulierte Ziel teile, enthalten.

Die **Fraktion DIE LINKE**. legte dar, dass die Zertifizierung von Holz noch Fragen aufwerfe, insbesondere hinsichtlich ihrer Durchsetzung und Verlässlichkeit. Das mit dem Antrag verfolgte Anliegen und den aufgezeigten Weg halte man jedoch für richtig. Daher stimme man dem Antrag zu.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** erläuterte, mit dem vorliegenden Antrag werde insbesondere das Ziel verfolgt, dass sich die Bundesregierung auf europäischer Ebene im Rahmen der Verhandlungen zur Fortentwicklung von FLEGT für die zügige Einführung eines EU-Importverbotes für illegales Holz einsetze. Zudem erwarte man eine Intensivierung des FLEGT-Prozesses. Der vorliegende Antrag leiste auch einen Beitrag zum Urwaldschutz und gehe in die richtige Richtung. Deshalb werde um Zustimmung gebeten.

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP, den Antrag abzulehnen.

Berlin, den 9. April 2008

Dr. Hans-Heinrich Jordan
Berichtersteller

Dr. Gerhard Botz
Berichtersteller

Dr. Christel Happach-Kasan
Berichterstatteerin

Dr. Kirsten Tackmann
Berichterstatteerin

Cornelia Behm
Berichterstatteerin

